WP 7 Ä2 Wahlprogrammkapitel: Soziales, Gesundheit & Vielfalt

Antragsteller*in: Tim Gilzendegen (KV Saarlouis/OV Saarlouis)

Änderungsantrag zu WP 7

In Zeile 62 löschen:

1. Wir bekämpfen Armut entschlossen.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 70 löschen:

2. Wir stärken Beratung und Unterstützung vor Ort.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 80 löschen:

3. Wir stärken Suchthilfe und Suchtprävention.~~[Leerzeichen]~~

Von Zeile 86 bis 87 löschen:

4. Wir verhindern Wohnungsverlust und stärken die Obdachlosenhilfe.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 92 löschen:

5. Wir bekämpfen Wohnungslosigkeit mit Housing First.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 99 löschen:

6. Wir schaffen Perspektiven für Langzeitarbeitslose.~~[Leerzeichen]~~

Von Zeile 106 bis 107 löschen:

7. Wir sorgen für gute, sichere und existenzsichernde Arbeit.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 123 löschen:

8. Wir ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe für alle.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 140 löschen:

9. Wir gestalten Integration erfolgreich.~~[Leerzeichen]~~

Von Zeile 147 bis 149 einfügen:
müssen frühzeitig erkannt werden und Zugang zu psychosozialen und gesundheitlichen Hilfen erhalten. Beratung, kostenfreie Sprachförderung und wichtige Informationen machen wir niedrigschwellig, barrierefrei und mehrsprachig

Von Zeile 153 bis 160:
zügig, transparent und integrationsorientiert handeln. Menschen, die hier arbeiten, eine Ausbildung absolvieren, studieren und Teil unserer Gesellschaft geworden sind, brauchen eine verlässliche, dauerhafte Bleibeperspektive. Geflüchtete und Geduldete sollen niedrigschwelliger eine Beschäftigungserlaubnis erhalten sowie soll der "Spurwechsel" in einen rechtmäßigen Aufenthalt erleichtert werden. Zugleich stärken wir die politische Beteiligung und Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, entwickeln die Integrationsbeiräte weiter und gestalten Einbürgerungsverfahren transparent, zügig und unbürokratisch. Wir setzen uns dafür ein, dass aus völkerrechtlichen, humanitären oder zur Wahrung politischer Interessen des Landes Abschiebungen für Kinder, Jugendliche und erwachsene Geflüchtete oder Geduldete in Schule, Ausbildung, Studium oder Arbeit für bis zu 3 Monate auszusetzen (vorübergehender Abschiebungsstopp) und im Sinne der Härtefallkommission Betroffene vor vermeidbarem Leid sowie Entwurzelung zu schützen.

10. Wir sorgen für eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung und stärken die Prävention.~~[Leerzeichen]~~

Von Zeile 173 bis 174 löschen:

11. Gesundheitsförderung und Prävention bauen wir in Kitas, Schulen, Betrieben und Quartieren aus. ~~[Leerzeichen]~~

Von Zeile 180 bis 181 löschen:

12. Wir verbessern die Versorgung bei psychischen Erkrankungen.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 220 löschen:

14. Wir stärken die Gesundheitsberufe.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 229 löschen:

15. Wir gewinnen mehr Fachkräfte für das Gesundheitswesen.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 235 löschen:

16. Wir gestalten Krankenhäuser und Pflege zukunftsfest.~~[Leerzeichen]~~

Von Zeile 257 bis 258 löschen:

17. Wir stärken Gleichstellung und den Schutz vor Diskriminierung.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 267 löschen:

18. Wir verwirklichen echte Inklusion.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 282 löschen:

19. Wir ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben im Alter.~~[Leerzeichen]~~

In Zeile 290 löschen:

20. Wir sichern eine würdevolle Begleitung am Lebensende.~~[Leerzeichen]~~

Begründung

Geflüchtete oder Geduldete werden in den vergangenen Jahren vermehrt (teilweise plötzlich) abgeschoben. Obwohl sie in Arbeit, Schule oder Studium sind - obwohl sie integriert und in Deutschland verwurzelt sind.
In der Bevölkerung sowie in den Betrieben existiert hierzu nur breites Kopfschütteln. Wieso dürfen arbeitswillige Geflüchtete oder Geduldete nicht arbeiten, obwohl sei wollen?
Wie sollen sie den Sprachkurs finanzieren, wenn sie nicht arbeiten dürfen und wie sollen sie Arbeit finden, wenn sie den Sprachkurs nicht bezahlt bekommen?

Diese Praxis der Ausländerbehörden sowie des BAMF stößt auf tiefe Ablehnung der Bevölkerung und wir als Bündnis 90/Die Grünen (Saarland) tragen die Humanität als Wert unserer Partei, weswegen wir diesen Entrechteten und hilflosen Menschen eine Stimme in der politischen Praxis dieses Bundeslandes verschaffen sollten und müssen.

Die restliche Begründung erfolgt mündlich auf dem LPT.

Unterstützer*innen

Philip Noah Groß (KV Saarlouis/OV Schwalbach); Karla Sauerwald (KV Saarbrücken); Finn Schlicker; Hanko Zachow (KV Saarlouis); Britta Schanz (KV Saarbrücken/OV Saarbrücken-Mitte)